

# EntschlieÙung

## des Nationalrates vom 19. September 2019

### **betreffend Verhandlungen Österreichs über ein internationales Zusammenwirken zum Erhalt der Regenwälder durch Ausgleichszahlungen an die Grundeigentümer**

Die Bundesregierung – insbesondere die Bundeskanzlerin und der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres – wird aufgefordert,

1. im Rahmen des UN-Klimagipfels in New York im September 2019 eine Initiative zur Erhaltung der letzten verbliebenen Regenwälder durch Aufbringung der nötigen Mittel für regelmäßige Ausgleichszahlungen an die Grundeigentümer der besonders gefährdeten Waldgebiete, mindestens in Höhe einer üblichen landwirtschaftlichen Pacht, durch die Staatengemeinschaft zu starten;
2. sich parallel zu den unter 1. genannten Anstrengungen unverzüglich auf EU-Ebene für die Bereitstellung von Mitteln zum selben Zweck einzusetzen.

